

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugpreis: 500 Mark für einen Monat ohne die Post; 600 Mark für Zustellung; Es ist nur Postbezug zulässig

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 21. April 1923

Nummer 42

Die Bezugserneuerung für den Monat Mai muß sofort bei der Post bewirkt werden. Bezugpreis 500 M.; für Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker 400 M. Rückgewährung bei der Beitragsentrichtung.

### Angriff und Abwehr

Zur Taktik, Lohn- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins und seines Organs

Offensivgeist des Unternehmertums ist das Merkmal der — Einheitsfront des deutschen Volkes gegen seine harten Bedrücker. Wie die Schwerindustrie und die Hochfinanz der von ihr so abhängigen Regierung Cuno gebieten: heute Poincaré Wasser auf seine annektonistischen Mühlen zu liefern, morgen zum Lohnabbau durch den Reichswirtschaftsminister vorzustößen unter Zuhilfenahme einer künstlichen Marktstabilisierung auf Frist, übermorgen aber damit wieder zu brechen, den Dollar und die Preise wieder springen zu lassen, damit angeblich die Arbeitslosigkeit ab- und das Exportgeschäft wieder zunehme, so versuchen es die Unternehmertreife in einzelnen, mit ihrer Arbeiterkraft ebenso umauspringen. Bis zum Gelingen ist allerdings noch ein Schritt, der seine Bedenken und seine Gefahren hat. Die Gewerkschaften haben gewiß keinen leichten Stand, immer mit solcher Konjunkturpolitik fertig zu werden. Es kann sich auch nicht immer gleich um große Aktionen handeln, vielmehr muß die Abwehr vorerst in der Öffentlichkeit, durch die Presse, geführt werden. Der strupellose Unternehmeroffensive ist solche moralische Defensive der Arbeiterkraft nicht selten von wirkungsvoller Überlegenheit. Die Taktik von letzterer Seite darin kann wechseln, kann einmal massiver, das andre mal wieder argumentenreicher sein.

Die Provokation des Deutschen Buchdrucker-Vereins mit seinem von erstaunlichem sozialen Verständnis zeugenden Lohnabbauantrage sowie das Unterfangen der „Zeitschrift“, diese Herausforderung der Gehilfenschaft noch zu verteidigen, indem man mit den schief geratenen Argumenten gegen das selbstverständlich nicht alles hinnehmbare Sprachrohr der Gehilfenschaft losschlägt, zwingen uns, den Abwehrkampf in der Öffentlichkeit mit allen Mitteln zu führen, die nur einer guten Sache zur Seite stehen können.

Wenn ein Dachstein von oben auf den Kopf fällt, der wird ein mächtiges Geschrei erheben; vorausgesetzt, daß es dazu noch langt. Die „Zeitschrift“ zeigt sich in ihrer Nummer vom 18. April von einem solchen Unglücksfall betroffen. Der „Korr.“ bildete durch einige seiner letzten Nummern den herniederfallenden massiven Gegenstand. Das Prinzipalsorgan ist zwar nicht erschlagen worden davon, aber es hat unzweifelhaft eine geistige Störung dabei erlitten. Denn was in einem Redaktionsartikel und in einem von „Diogenes dem Jüngeren“ noch schlechter verbrochenen Abwehrartikel zuwege gebracht wird, ist eine höchst verunglückte Aktion der „Zeitschrift“ in Sachen der Lohn- und Preispolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins und seiner Taktik im weiteren.

Da nur ein kleiner Teil der Verbandsmitglieder Gelegenheit haben wird, das Prinzipalsorgan zu lesen, sei von dem, was dieses unter der einem Schredensausbruch gleichenden und als Leitmotiv mehrfach wiederkehrenden Überschrift „Wohin soll das führen?“ in seiner Nr. 30 vom Stapel läßt, in einigen Stichproben ein kurzes Abbild gegeben. In unseren weiteren Ausführungen wird dann die Abrundung dazu kommen. Es handelt sich nämlich um die Artikel „Schrittmacher der sozialen Reaktion?“ in Nr. 35 des „Korr.“, um das Gedicht „Osterboischaft“ (Nr. 36), um die „Brandnummer“ 38 mit dem Artikel „Das entschleierte Bild von der Schicksalsgemeinschaft“ sowie dem Faktorenartikel „Drei Österreicher der Buchdruckbarone!“ Also eine ganz große Abrechnung mit dem „Korr.“. Aber es ist nur wortreiche Verlegenheit, denn um alles Wesentliche wird herumgeredet. Eine Flucht vor der Öffentlichkeit muß man das Ganze nennen und eine gehörige Verleumdung von Ursachen und Wirkungen dazu.

Mit anklagender Geste der Verbandsleitung gegenüber, zum Teil mit fertiger Recurteilung auch über diese ob solcher Schreibweise des

Organs des Verbandes und mit daneben gehender Betonung, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein doch mit dem Verbands im Tarifverhältnis steht, wird von einem „Unmah von Beharbel!“ sowie von „persönlichen Anrempelungen“ gesprochen. Die „vergeistete Beharbel des „Korr.““ sowie die „persönlich zugespitzte Schimpferei“ würde aber überangen worden sein von der „Zeitschrift“, wenn die verschiedenen Artikel des „Korr.“ nicht „eine Reihe von tatsächlichen Unrichtigkeiten“ enthalten würden. Von einer Widerlegung derselben ist jedoch in der „Zeitschrift“ nichts Positives zu finden, und wo dahingehend ein Anschein erweckt wird, verunglückt das Prinzipalsorgan jedesmal arg. Stolz wie immer wird verzichtet, auf unsre angeblich persönliche Kampfesweise einzugehen, weil man eben in dieser Beziehung nur falsche Empfindlichkeiten vorbringen könnte, und weil man sich schließlich selbst sagt, daß die „Verleumdungen“ des „Korr.“ von gestern zur allgemeinen Wahrheit von morgen werden können. Dafür kommt man mit gepfefferten Redensarten, wie „ganz gefährliche demagogische Irreführung der Massen“, von der zur Abwechslung die Steigerung „urteilslose Masse“ gebraucht wird, die der „Korr.“ mit „Brandartikeln, Hebeplänen, Verdrehung der Tatsachen usw.“ füttere. Durch die „unerhörte Sprache“ werde zwar die „Aufpeitschung der Massen“ betrieben, aber auch „das Verhältnis zwischen den partierenden Tarifparteien der größten Belastungsprobe ausgesetzt“. Eine Belastungsprobe in Bezug auf das Tarifverhältnis erblicken wir allerdings auch gegeben, aber sie ist nicht durch uns herbeigeführt, sondern dadurch, wie man drüben neuzeitlich Tarifpolitik macht. Das Tarifverhältnis an sich entspringt jedoch Zwangsläufigkeiten, denen sich der DVB. am wenigsten entziehen kann! Über den Verfasser des Faktorenartikels ist man, auch sehr erbozt; es wird ihm vorgeworfen, er habe „einen giftigen Pfeil“ gegen die Prinzipalität abgeschossen, indem er sage, man habe auf seiner Seite kein soziales Empfinden für die alt und grau gewordenen Faktoren. Jeder Zweifel an dieser traditionell beanspruchten Eigenschaft wird bekanntlich stets als Majestätsbeleidigung empfunden. Besser wäre es schon, man ließe durch Laien gar keine Zweifel an seiner sozialen Verpackung aufkommen! Doch da ist, wie so oft im Leben, ein nicht so kleiner Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Diogenes der Silngere hat mit seiner anscheinend schlecht brennenden Laterne in dem Ostergebicht ein „Gefaselt“ von „niedertüchtigen Hebeplänen gegen die Prinzipalität“ gefunden, er „beweist“ dies auch im einzelnen, und sieht unser Gewerbe zerschlagen am Boden liegen „durch die Mittschuld der Gehilfenschaft“; für die Suche nach den Hauptschuldigen bedarf er unsres Erachtens keiner irreführenden Laterne.

Man muß schon sagen, die angeblich so bösnachbarlichen vier Handlungen im „Korr.“ hat die „Zeitschrift“ in Ermangelung tatsächlicher Gegenargumente zu einem erstklassigen Schimpfkonzerte umso phistelt. Es fehlt nur noch, daß bei der nächsten Verhandlungsgelegenheit mit der Prinzipalsleitung diese den Frankfurter Oberstaatsanwalt gegen den „Korr.“ aufmarschieren läßt, was im vergangenen Herbst schon einmal mit recht zweifelhaftem Erfolge geschah. Wenn die „Zeitschrift“ der Gehilfenschaft „Wahnsinnspolitik“ vorwarf, und wenn sich deren Vertretung am Verhandlungstisch „Erpressung“ nachsagen lassen mußte, wie überhaupt Lohnverhandlungen manchem Prinzipalsbelegaten immer noch als so eine Art Bitt- und Bettelgang erscheinen, dann soll das natürlich seine Richtigkeit haben. Wir haben aber neben den sachgemäßen Beleuchtungen der Prinzipalspolitik nur einige grade Worte darüber gesagt, wie die Zusammenhänge der unglücklichen Lohnverhältnisse, der großen Arbeitslosigkeit, der immer ausgebreiteteren Kurzarbeit und der sehr zunehmenden Vielfachteiligungsapparate liegen. Das Glend der Gehilfenschaft auf der einen wie die dem Gewerbe merklich nicht vorzteilhafte offizielle Taktik auf der andern Seite zwingen uns, eine Politik, die notwendigerweise mit einer Katastrophe enden muß, als das zu kennzeichnen, was sie ist! Götzenbilder dabei in Scherben fallen zu lassen, ist nicht einmal unsre Absicht; denn wenn die Zeit erfüllt ist und die Saat auf Sand offenfundig wird, dann zeigt sich das dicke Ende von selbst. Es kann aber verkehrtes und unheilvolles Geschehen nicht als Handlungen ohne Personen bewertet werden, und vor diesen Mitt- oder Hauptschuldigen noch servile Bittklinge zu machen, das von uns zu erwarten wäre eine sehr törichte Spekulation. Einem solchen Verdachte zu entgehen, nehmen wir lieber den falschen der Massenverbeugung in Kauf.

Wenn die „Zeitschrift“ nicht in tödlicher Verlegenheit wäre, die „Reihe von tatsächlichen Unrichtigkeiten“ im „Korr.“ aufzubeden — der Gebrauch des Wortes „tatsächlich“ in Wort und Schrift auf der Gegenseite hat stets die Bedeutung gründlichen Danebenbauens —, dann hätte sie schon bei unseren allgemeinen Marginalien zur Taktik der Prinzipalsführung einhalten müssen. Es würde dazu um so mehr Veranlassung vorgelegen haben, als der erste Teil der als „Verkehrte Welt“ erschienenen Kurztitel (Nr. 22 des „Korr.“) bei den Lohnverhandlungen zu Anfang März auf Prinzipalsseite noch Verbauensstörungen zeigte. Aber die „Zeitschrift“ hüllet sich, die bisherigen „Erfolge“ der neurogenetischen Experimentierkünste gegen unsere Behauptungen zu verteidigen.

Es ist also an dem mit der Zerstückelung der Tarifgemeinschaft zugunsten eines — eingebildetermaßen — vom Deutschen Buchdrucker-Verein beherrschten Organisationsstarifs, von dem man sonst gar nichts wissen wollte. Die Kommunisten sind von ihrer unsinnigen Theorie, erst einmal alles zu zerbrechen und dann Staat und Wirtschaft nach ihren Rezepten neu aufzubauen (und dabei dann auf die Nase zu fallen) abgekomen, die „fortschrittliche“ Prinzipalsführung kommt aber erst auf diese verlassenen überabstrakten Wege zu! Die für die Faktoren im Herbst 1918 erfundene Vertragsgemeinschaft hat man im März 1923 unter ebenso unbelümmter Preisgabe des eignen Prestiges einem noch herrschsüchtiger angelegten besonderen Organisationsstarif geopfert. Die Lehrplinsordnung, mit der vom Frühjahr 1920 an ein wirkliches Stück gewerblicher Schiedsorgansgemeinschaft sich erfüllen wollte, wozu auch von Prinzipalsseite namhafte Persönlichkeiten in gemeindlichem Interesse bereit und auch schon tätig waren, ließ man unter dem Druck Hamburger und anderer Kleingeister, die nicht über die Mauern ihrer rückständigen Betriebe hinauszuwachen vermögen, gern in den Fallstricken der reaktionären Handwerksbestimmungen in der Gewerbeordnung sich verfangen und gab ihr dann bei der Abwürgung der Tarifgemeinschaft in den letzten Wochen von 1922 den Gnadenstoß. Wie die Mitwäter und Väter der Lehrplinsordnung im Prinzipalslager auf diese starke Desavouierung reagiert haben, darüber wird wohl noch etwas Bestimmtes zu erfahren sein. Von Gehilfenseite wird gegen diese reaktionäre, die Heranziehung eines brauchbaren gewerblichen Nachwuchses äußerst schädigende Tat der Widerstand wachbleiben, zumal auf dem Lehrplinsgebiete auch materielle Verschlechterungen im Anschlag gehalten werden.

In Rücksicht auf die Fülle des zu verarbeitenden Stoffes und den nur zur Verfügung stehenden Raum wollen wir auf eine Rekapitulation weiterer Streiflichter auf die Prinzipalstaktik verzichten; die wundervolle Geschichte von der vorgenommenen Dezentralisation der Prinzipalsleitung mit den „Regierungsstößen“ in Berlin und Leipzig ist ja sowieso ausdrücklich einer Abhandlung zum gegebenen Zeitpunkt vorbehalten worden. Es soll aber ankündigungsgemäß noch eine Leistung aus neuester Zeit Erwähnung finden; die „Zeitschrift“ mag dann die avisiertten weiteren Proben eines anscheinend noch ausbildungsfähigen „Salontones“ ablegen, wenn sie auch um diese Vitalität der Prinzipalstaktik einen Eiertanz aufzuführen gezwungen wird.

Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins hielt, wie bereits erwähnt, am 13. und 14. März im deklarierten Leipzig eine Vollversammlung ab. Es begab sich dabei, daß der „Vater der Tarifgemeinschaft“ (ab 1896) den Schöpfern des seelenlosen Organisationsstarifs für das damit vollbrachte schwere Werk fulminanten Dank abstattete. Die Totengräber der Tarifgemeinschaft sind also noch von deren Paternitätsvertreter gesegnet worden! Das wird seinesgleichen nicht haben. Im Anschluß daran gab es in falschen Tönen eine Ehrung für den um die Tarifgemeinschaft in der Tat hochverdienten Kollegen Paul Schließ, denn der Organisationsstarif wurde von den neuen Machthabern im DBV nicht zuletzt deshalb betrieben, um mit der Tarifgemeinschaft deren Seele, den nicht zu allerhand Experimentierkünsten bereiten Geschäftsführer, dahin fahren zu lassen.

Diesen deprimierenden Leistungen ist die beschlossene Einstellung der Beiträge zum Fonds für besondere Zwecke als eine große Nummer taktischen Hin und Hers hinausgegangen. Wenn auch für die ganz Kleinen noch Sterbegelder aus diesem Fonds gezahlt werden sollen, so bedeutet doch der gefakte, aber täuschend eingekleidete Beschluß die Aufhebung des Fonds für besondere Zwecke. Dieser wurde in schroffem Gegensatz zu den vom DBV mit dem gewesenen Organisationsvertrag verfolgten Tendenzen im Jahre 1912 nach erbitterten inneren Kämpfen als Kriegsfonds gegen die Gehilfenschaft, Res: Vertragspartner Verband, gegründet. Zu Hunderten traten die Prinzipale aus dem DBV aus; die sozialdemokratischen Druckerzeilen hatten die Führung bei dieser Austrittsbewegung. Durch Erfüllungsklagen suchte die Prinzipalsleitung den Abfall zu vermindern. Da das Pulver zu einem Kriege gegen die Gehilfenschaft zunächst nicht ausreichte, obwohl die Beiträge anfänglich hoch waren, und dann der Weltkrieg eine ganz andre Situation schuf, wurden die angesammelten Gelder in großem Umfange in Krieganleihe angelegt. Jetzt nun würden sie den Ansprüchen eines Kampfes mit der Gehilfenschaft bei weitem nicht genügen, und da man wieder große Beitragschmerzen hat, wurde der Kriegsfonds in den allgemeinen Etat übernommen und bei der neuen Vertragsfestsetzung darauf gesehen, daß die dezentralisierte Vereinsregierung nicht alles verschlingt, sondern auch noch eine eiserne Ration für Wirtschaftskämpfe verbleibt. Ausgrabungen aus dem durch Monate und Jahre gehenden Streite um diesen besonderen Fonds aus dem „Korr.“ und der „Zeitschrift“ würden klar zeigen, wie recht wir hatten in der

schärfer Kennzeichnung dieser Herausforderung der Gehilfenschaft und wie das Prinzipalsorgan in Verteidigung dieser taktischen Verleumdung logische Einzelbäume schlug. Hätten wir damals in einem fort die Schiedsfrage gestellt: Wohin soll das führen? so wären wohl hochtrabende Nebensarien als Antwort gekommen; das man prinzipalsseitig dadurch auf eine Suspition des gegenseitigen Verhältnisses hinarbeitet, zu dieser Erleuchtung würde es aber nicht gelangt haben. Nun hat uns auch darin die Zeit vollständig recht gegeben; Der Fonds für besondere Zwecke als Bankfessel unter der Prinzipalität einerseits und mit der Gehilfenschaft andererseits ist lang- und klanglos über Bord gesunken!

Mit dieser Ballastentlastung wird jetzt noch ein anderer Zweck verfolgt. In der Leipziger Reichsrats-Sitzung des DBV wurde die Mitteilung, daß seit Jahresbeginn der Prinzipalsorganisation 542 Mitglieder neu beigetreten sind, lebhaft begrüßt. Wenn die Werbekraft des Organisationsstarifs für den DBV nicht höher eingeschätzt wird, dann ist die Prinzipalsleitung in ihren Hoffnungen und Erwartungen auf diese ihre neueste Gewerbebegleitung schon ein ganz Teil bescheidener geworden, als es in der Zeit ihrer Schwangerschaft mit dem Organisationsstarif verlaubbarte. Außerdem ist bekannt, daß eine ganze Reihe größerer Firmen, die wegen des Fonds für besondere Zwecke feinerseitig ausgetreten sind, der Prinzipalsorganisation auch jetzt fernbleiben, und daß zu denselben ebenso ansehnliche Druckerzeilen kommen, die lohnentariflich willfähriger sind als die Unterhändler am grünen Tisch, welche aber die Ausartungen des Preisstarifs zur organisatorischen Isolierung treiben. Schließlich ist es ja auch kein Ruhmesblatt für den DBV, wenn solche Großbetriebe wie Mosse und Ullstein in Berlin ihm zeitweilig den Rücken kehren. Die in der Hauptvorstandssitzung anscheinend versuchte Anebelung der Nichtmitglieder hinsichtlich des Klagerrechtes vor den tariflichen Schiedsämtern wird unsere Verhandlungsleitung, die doch auf zwei ganz kleine Nebenorganisationen Rücksicht nimmt, so zu variieren wissen, daß auf diesem Umwege nicht ein Terrorismus ausgelöst wird, den der DBV im andern Falle mit großer moralischer Entrüstung verwerfen würde.

Die Provinzvereinigung der Prinzipale, die nun nach Brieg übergesiedelt ist, um in dem nicht so zugänglichen Osten Eroberungen zu machen, ist noch nicht einen Augenblick nach unserm Geschmack gewesen, und kann das nach ihrem neueren Verhalten auch jetzt nicht erreichen. Die Mainlinie bildet hier aber wohl mehr der Preis- als der Lohnstarif. Schon der von der früheren „Weimarerer Richtung“ ausgehende Stammbaum der Provinzvereinigung führt diese Annahme. Wenn in Nr. 11 der „Zeitschrift“ in einer größeren Polemik gegen die Provinzvereinigung es so dargestellt wird, als ob das Bestehen von Nebenorganisationen auf Arbeiterseite doch etwas anderes ist als die Taktische von Abplitterungen auf Unternehmerseite, so hat es in der Organisationspraxis sonst doch nicht so aus. Der DBV hat ja auch früher nichts unterlassen, bis er Haupt- und Nebenorganisation auf Gehilfenseite zusammen an den Verhandlungstisch bekam. Eine falsche Rechnung ergab sich dann aber insofern, als das beabsichtigte Ausspielen fehlgeschlug.

Die Taktik auf Prinzipalsseite ist heutzutage mehr als früher für die Gehilfen- und Hilfsarbeiterorganisationen eine sehr nahegehende Sache. Ansonst würden wir uns um die Vegetation in diesem Krautgarten nicht kümmern. Und wenn wir zurückdenken, wie von der andern Seite im Jahre 1910, als der „Korr.“ auf politischem Gebiete die Ursachen für manchen Mißerfolg der Gewerkschaftsarbeit zu suchen begann, in schärfster Weise Einspruch wegen „Neutralitätsverletzung“ erhoben wurde, so kehren wir jetzt den Spieß um, denn hinsichtlich der Prinzipalstaktik, die, wie dargetan, meistens nur für die Zeugnisse arbeitet, heißt es für uns warnend: Tua res agitur!

\*

Es soll ausgegeben werden, daß zur Verteidigung der Lohnpolitik von der „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 30 einige Versuche gemacht werden; allerdings nur, indem sie Schutz hinter neuen Täuschungen sucht. Dabei kommt ihr zugute, daß der DBV in seiner Leipziger Hauptvorstandssitzung, auf die wir trotz ihrer Gefährlichkeit mit dieser und den vorausgegangenen Ausführungen im wesentlichen erst nach einem Monat zu sprechen kommen, schon die Richtung angab, die höhere wirtschaftliche Erleuchtung herauszubauen. Daß das Prinzipalsorgan mit seinem am 28. März erschienenen Artikel „Keine neuen Lohnverhöhungen — kein Lohnabbau“ noch Pfeffer streute auf die offene Wunde der Gehilfenschaft ob der dem DBV doch zu allererst anstehenden Lohnabbautenden, scheint von den Gemütsathleten des neuen Aufses immer noch niemand begriffen zu haben. Sonst wäre wohl am 13. April die Antwort der „Zeitschrift“ auf unsre durchaus berechtigte Anklage über „Das entfleischte Bild von der Schiedsorgansgemeinschaft“ durch den jenseitigen Artikel „Wohin soll das führen?“ manierlicher und nicht so jämmerlich arm an tatsächlichen Abweisungen ausgefallen.

Mitte März führte man also in Leipzig zur Verteidigung der von der Gehilfenschaft bis zum letzten Mann nur als angriffsfähig anerkannten „Lohnpolitik“ des DBV, wie es trotz dessen numerisch nicht großer Bedeutung amakend in dem Bericht heißt, eine Prinzipalsrüttelszene auf. Die lohnentarifliche Lage habe in den letzten Monaten in keiner Weise befriedigt; durch diese ungelunte Entwicklung, die auch heftige Angriffe aus den eignen Reihen zur Folge hatte, werde der Reichslohnstarif selbst gefährdet. Ob daraus Sehnsucht nach einer tariflosen Zeit zu lesen ist, wie im Februar 1920 die Leipziger örtliche



Prinzipalsteitung ihren Mitgliebern schon einmal an den Puls fühlte, lassen wir dahingestellt. Das bis zum 30. Juni noch laufende Buchbinderabkommen ist ja in dieser Hauptvorstandsitzung gekündigt worden. Im übrigen ist aber ersichtlich, daß die in den Monaten unverschämtester Verteuerung durchgedrückten Lohnerhöhungen den Preisrechtern des sozialen Verständnisses noch zu weitgegangen sind. Die Schiedsprüche wie das persönliche Eingreifen des Reichsarbeitsministers haben nur unangenehmes Empfinden beim DDB. ausgelöst, anstatt daran zu erkennen, daß man wahrhaftig keine glanzvolle Rolle mit solcher Lohnpolitik spielt. Wenn „im Hinblick auf die lohnpolitischen Verhältnisse in anderen Gewerben“ die „allgemeine Lohnpolitik des DDB.“ einmütig gebilligt werden konnte, so haben die Herrschaften wieder einmal stark mit der Vergrößerungsbrille gesehen. Die letzte Lohnerhöhung (25 Proz.) wurde in allen Graden als ungerecht verurteilt, weitere Erhöhungen dürften nicht in Frage kommen, überall ertöne ja der Ruf „Abbau“, und tatsächlich seien die Kosten des Lebensunterhaltes verschiedentlich im Preise schon gesunken, zum Teil sogar recht erheblich. Mit diesen zum-Heulen reizenden „Tatsächlichkeiten“ haben wir uns schon beschäftigt. Man kann aber den falschen Propheten des Preisabbaues — wohlgemerkt: anderer Gruppen — doch mildebernde Gründe nicht versagen. Vielleicht wußten sie am 13. und 14. März bereits, daß der Rat der Stadt Leipzig die Gaspreise im Monat März noch zweimal um Hunderte von Mark erhöhen würde (in der Nummer der „Z.“ vom 6. April steigt darüber ja ein bewegliches Klagebild im Leitartikel), am 14. April „schon“ mit ganzen 10 M. einen Abbau vorzunehmen. Die Herren sind also lang auf die Nase gefallen mit ihren Visionen der Preisentung und der Lohnübersteigerung andererseits.

In der „Zeitschrift“ vom 13. April spricht nun deren Redaktion uns Tadel aus, daß wir für „äußerste Anspannung der Lohnschraube“ eintreten, und wir unser Denken nur auf den Punkt konzentrieren, „die Löhne noch weiter hochzutreiben“. Der Auftragselgang müsse dadurch zurückgehen. Wenn man der Prinzipalität die Pistole auf die Brust setze, würde bei ihr die Luft erstickt werden, mit dem Personal durchzuhalten. Es sei denn ganz selbstverständlich, daß die Prinzipale einen „Ausweg aus den ungeheuren Lohnbelastungen“ suchen müßten, und das sei nur die Betriebseinschränkung. Aus zwei Zuschriften wird wiedergegeben, daß der „letzte gewaltige Lohnsprung“ Grabesruhe hinsichtlich der Beschäftigung gebracht habe, das sei auch eine Folge der „verkehrten Lohnpolitik“; das andre jedoch ist zu nichts sagend, um im „Korr.“ auch nur mit ein paar Worten erwähnt zu werden. Dagegen dürfte aus dem Gefasel von Diogenes dem Jüngeren hervorzuheben sein, daß an seinem Domizil die Buchdruckergehilfen wöchentlich 78 000 M. erhalten. Da 71 250 M. der höchste Grundlohn sind, die Prinzipale jedoch nicht in solchen Längen allgemein über Minimum hinausgehen, so könnte nur ein bester Ort in Frage kommen; was dort jedoch die andern Arbeiter auf Grund der besondern Verhältnisse verdienen, sollte der jüngere Diogenes aus Wahrheitsliebe nicht verschweigen.

Die von der „Zeitschrift“ angewandten Superlative hinsichtlich der Lohnhöhe erleben sich kurz durch unsere nochmalige Betonung, daß nach den Zahlen der reichsamstlichen Statistik trotz des „gewaltigen Lohnsprunges“ wir Buchdrucker zur Zeit noch um 37,7 Proz. unter der Friedensbasis mit unsrer Lebenshaltung stehen. Wie das vereinbar ist mit der Tatsache, daß die Druckpreise schon nicht unerheblich über den Weltmarktpreis hinaus sind, das soll uns doch einmal die „Zeitschrift“ erklären. Sie möge sich da aber nicht wieder herumdrücken mit der falschen Anschuldigung gegen den „Korr.“, wir hätten unsern Lesern in dem Schiedsgerichtsklausurartikel geistlichlich vermieben zu sagen, daß in den Druckpreiserhöhungen nicht allein die Lohnsteigerungen, sondern die Verteuerung aller Materialien und Gebrauchsgegenstände zum Ausdruck kommen. Nun so niedrig, wie das Prinzipalsorgan seine Leser einschätzt, können wir es mit den unsrigen nicht machen. Die sind vielmehr schon vor Jahren wiederholt darüber aufgeklärt worden; auch darüber, daß nicht nur die Löhne der Buchdrucker, sondern die aller Arbeiter und Angestellten im Buchdruckgewerbe heranzuwachsen sind für die eintretenden Preiserhöhungen. Es ist das gar häufig geschehen, und zwar in der Zeit, als von der andern Seite immer nur die Lohnerhöhungen ins Feld geführt wurden, nicht aber die weit mehr in das Gewicht fallenden Materialpreise. Denn ist der Gehilfe mit seiner Arbeitskraft nicht das allerbilligste Material, wenn sie sich gegen den Friedensstand nur um das 2072fache verteuert hat, dagegen Nahrung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung allein schon um das 2884fache, ohne die andern erforderlichen Ausgaben? Die 5470fache Druckpreiserhöhung steht aber trotzdem beträchtlich außer dem Verhältnis, was in einem besondern Artikel näher dargelegt werden wird. Das ganze Geschwätz von den alles ruinierenden Löhnen wird sich dann als hohl und haltlos erweisen. Daß es auch mit dem „Entbehrungsfaktor“ für die Prinzipale nicht anders ist, kann man daran ermaßen, wie instinktmäßig und auch paralogemäßig alles zur Betriebseinschränkung drängt, d. h. zu Kurzarbeit und Entlassungen. Das neuzeitliche Geschäftsprinzip „Kleiner Umsatz, großer Nutzen“ ermöglicht ja solche die Arbeiter noch extra schädigende Maßnahmen. Sie, die unter der Übersteuerung am meisten zu leiden haben, werden nicht nur durch zu niedrige Löhne gestraft, sondern haben noch mit großer Arbeitslosigkeit die Zeige zu bejahen für den Wucher unserer Tage. Die Buchdrucker machen keine Ausnahme davon; es gibt nach der einen wie nach der andern Seite nur Gradunterschiede, die aber zuungunsten der Gehilfen

laufen. Wir wollen gar keine hohen, sondern nur Löhne, die zum Existieren als Mensch ausreichen! Während des Schreibens dieser Zeilen geht uns ein längeres Gedicht „Buchdrucker in Not“ zu; darin pfeifen scharfe Töne über Hungerlöhne und trotzdem Arbeitslosigkeit sowie Kurzarbeit zu über 50 Proz. an einem mittleren Ort. Glaubt man auf der andern Seite, daß solche Glendsgesänge aus vollem Magen und in fatter Befriedigung mit der „Schiedsgerichtsgemeinschaft“ angestimmt werden?

Die „Zeitschrift“ geht geistlichlich an dem lohnstatistischen Artikel in Nr. 37 des „Korr.“ vorbei, der trotz seiner wenigen Andeutungen für die Buchdrucker doch erkennen läßt, daß wir wahrhaftig keine Lohnpioniere sind. An dieser Tatsache, die durch den Charakter unsres Gewerbes als Entbehrungsfaktor in erster Linie verschuldet ist, ist mit den Behauptungen der „Zeitschrift“ oder von Verhandlungssteilnehmern ins Blaue hinein, daß die Buchdrucker mit ihren Löhnen sogar mit an erster Stelle stehen, gar nicht zu deuteln. In dem Hamburger Bericht in dieser Nummer des „Korr.“ können die Prinzipalsdiplomaten ja auch lesen, wo die Buchdrucker mit ihrem Lohne stehen; sie werden dann wiederum sehen, wie sie immer verkehrt auf ihr Streitroß steigen. Wir sind sehr vorsichtig mit dem, was von uns öffentlich darüber behauptet wird. Darüber erbringt das erste Aprilheft der amtlichen Schrift „Wirtschaft und Statistik“ jetzt den Beweis, indem der dort von 21 Druckorten verschiedener Größen gezogene Durchschnitt der Märzlöhne der Buchdrucker etwas höher ist (2088fache Steigerung) als der von uns in Nr. 39 gezogene (2072fache). Den amtlich festgestellten Durchschnittswochenlohn von 89 288 M. der über 24 Jahre alten verheirateten Handwerker (59 861 M. in Langensalza der niedrigste Lohnsatz) können aber nur Tatsachenwerdner als hochgetriebenen Lohn ansehen. Sollte die „Zeitschrift“ damit aber doch etwas im Rechte sein, dann nur aus der Auffassung heraus, daß mit Hilfe von gutenstehenden Kreisen erst annehmbarere Lohnerhöhungen durchzuführen waren, die der Lohnpolitik des DDB. strikt suwiderlaufen. Wo wäre die Gehilfenschaft wohl hingekommen, wenn sie allein dem „sozialen Empfinden“ der organisierten Druckherren ausgeliefert sein würde! Die „äußersten Angebote“ der andern Seite bei den Verhandlungen lassen das ersprechend erkennen. Wenn von fünf für dieses Jahr bisher geführten Lohnerhandlungen nur zwei ohne die zwangsläufige Geburtschilfe des Zentralratsamtes vonstatten gingen, bei zwei die „Höchstaebote“ des DDB. abgewehrt werden konnten und in dem letzten Falle wenigstens der beantragte Lohnabbau nichtig wurde, dann sollen die Herrschaften nur mäuschenstill sein mit ihrer sogenannten sozialen Einsicht.

Wenn das Prinzipalsorgan von zwei Entrüstungsschriften Kenntnis gibt, die aber doch recht lahm klingen, so können wir Prinzipalstimmen an uns ebenfalls zitieren. Ein Zeitungsverleger aus dem Thüringischen, der noch zu erdörternde Konkurrenzschmerzen hat, schreibt uns, er entnehme aus den Versammlungsberichten und den Artikeln des „Korr.“, daß eine große Unzufriedenheit über den jetzigen Lohn herrscht, und sagt dazu: „Dies mit Recht, wenigstens ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Löhne unsrer Gehilfen nicht der Zeit entsprechend sind“. Ein kleiner Prinzipal aus dem Anhaltischen hatte vorher schon bei Einsendung einer Anzeige bemerkt: „Der Antrag auf Lohnabbau bei den jüngsten Verhandlungen hat mich äußerst überrascht, selbst in einem so kleinen Orte wie hier fehlen noch alle Voraussetzungen dazu“. Aus der Provinz Hannover kam ein Schreiben, aus dem wir die Kernstelle mit einem auch gegen den „Korr.“ sich richtenden Einwand wiedergeben wollen: „Sie haben recht mit Ihren Artikeln zur Abwehr des überstürzten Lohnabbaues, wenn ich auch nicht jeden Satz von Tönen unterschreiben kann. Unsrer Gehilfen haben doch während des Krieges länger als andre Berufe warten müssen, ehe ihnen Teuerungszulagen gewährt wurden, die wirklich bescheiden waren. Jetzt dürfen also die verantwortlichen Prinzipalsführer nicht vorweglaufen mit Abbauforderungen. Der Berliner Kurs rührt solche unbegründeten Sachen ein und wir in der Druckerei können den Schaden davon befehen, weil das Personal nur rebellisch gemacht wird dadurch“. Mit dem Postkempel Potsdam erhielten wir eine Karte in Schreibmaschinenschrift anonym zugeschickt. Ob der uns nicht so unbekannte Verfasser damit die Spur vermissen wollte, das mag möglich sein. Durch solche trottelfhaften Mäuschen ist aber hinlänglich bekundet, auf welcher Seite „hellster Blödsinn“ verpasst wird. Wir wären der „Zeitschrift“ dankbar, wenn sie zu vollständigem Abdruck der Karte bereit sein würde, damit gezeigt werden könnte, was auf Prinzipalsseite alles möglich ist. Wir glauben, die drei ersten Zuschriften aus Prinzipalskreisen an uns werden dem entsprechen, was der größere, das Buchdruckerelement verkörpernde Teil der Prinzipale denkt über die jetzige nackte Unternehmervolitik.

Das Prinzipalsorgan operiert mit Kuckunski gegen uns, der für Berlin vom Februar zum März eine Verbilligung des Lebensunterhaltes errechnet hat, und zwar um 7,9 Proz. für eine Familie. Wir halten die Veröffentlichungen von K. nicht mehr, weil die Prinzipalsvertretung sie nie als stichhaltig anerkennen wollte, da sie nur eine private Statistik für nur einen Ort darstellten. Jetzt aber muß Kuckunski mit seinem errechneten Preisrückgang von 7,9 Proz. für einen Lohnabbau um 10 Proz. herhalten! Die amtlichen Statistiken, die für das Reich einen Preisausstieg um 0,1 Proz. für Sachsen um 0,2 Proz. im März erbrachten, ebenso die von städtischen Ämtern für die bisherigen Wochen im April ermittelte weitere Verteuerung haben also einfach keine Geltung. Eilmär, eine sehr „tatsächliche“ Beweis-

führung! Die obendrein die absolute Unsicherheit der Prinzipalsleitung offenbart, indem auch der klaffendste Widerspruch zu sich selbst nicht gescheut wird, wenn nur gemogelt werden und die Welt auf den Kopf gestellt werden kann. Daß man sein Ansehen dadurch immer mehr preisgibt, kommt immer erst zu spät um Bewußtsein. Nachher tut man belächelt, wenn die andre Seite Spiegelbild vorhält.

„Eine ganz gefährliche demagogische Irreführung der Massen“ glaubt uns die „Zeitschrift“ vorwerfen zu können, sie kann dafür aber keinen Beweis erbringen. Sie selbst hat sich jedoch eines solchen Delikttes in Nr. 30 schuldig gemacht. Da gibt sie nämlich aus dem „Typograph“ eine Auslassung zum besten, um zu illustrieren, daß es auch noch Gehilfen gibt, „die weiter denken“, bei denen „absolut kein Verständnis für die uferlosen Lohnforderungen vorhanden ist“ (Sperrung wie in „Zeitschrift“). Die „Zeitschrift“ unterläßt es zunächst, zu sagen, daß es sich um einen eingelangten Artikel handelt. Sie alliiert uns gegenüber nur gewichtig, aber nicht richtig:

*Kann man den Arbeitgebern unrecht geben, wenn unsere ganze Lohnpolitik auf Händen und Füßen eingestützt ist? Warum fordert man 26 Proz., die zu erreichen von vornherein aussichtslos sind?*

Dem von der „Zeitschrift“ gesperrten Satze wurde der damit zusammenhängende: „Warum fordert man nicht einen bestimmten Prozentsatz, der Aussicht auf Bewilligung hat?“ einfach weggelassen! Das mag für den hinsichtlich der Prinzipalsattik etwas naiven Frankfurter Artikelschreiber eine Belehrung sein, daß eine niedrigere Forderung der Gehilfen auch keine Aussicht auf Annahme gehabt haben würde. Daß der Frankfurter Kronzeuge von der „Zeitschrift“ aber nur genüßbraucht worden ist, mögen andre Stellen aus seinem Artikel veranschaulichen:

*Eine Satire könnte man schreiben, wenn man hört, daß die Prinzipale im Buchdruckgewerbe einen zehnprozentigen Lohnabbau beantragt haben.*

*Als „Elite“ der Arbeiterschaft muß der Buchdrucker immer voranschreiten, wenn er auch halbverhungert auf der Straße bleibt; so denkt ein Teil der Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe.*

*Bei den Buchdruckern kann und darf es keinen Lohnabbau geben, bevor die Lebenshaltungskosten merklich gefallen sind und die andern Berufe, die zuerst die Lohn-erhöhungen erlebten, vorangeschritten sind.*

Daß die Prinzipalsvertretung ganz ernsthaft einen Lohnabbau beabsichtigt, war ja auch der „Zeitschrift“ (28. März) zu entnehmen. Der Frankfurter „Typograph“ wendet sich dagegen mit sittlichem Ernst und hat recht damit. Wenn das Prinzipalsorgan ihn trotzdem für den Prinzipalsstandpunkt reklamierte, so ist das ganz skrupellos gehandelt. Das Prinzipalsorgan wollte wohl abtrotzen das Blatt des Gutenbergs gegen die Verbandsvertreter auszuspielen, obgleich es durch den offiziellen Redaktionsartikel in Nr. 13 zur Vorsicht hätte gemahnt werden können. Die Redaktion des „Typograph“ kommt nämlich in der Behandlung der Lohnabbauaufsätze im Besonderen auf eine Sache zu sprechen, der die „Zeitschrift“ weit ausweicht: den von den Gehilfenrednern vorgebrachten Erinnerungen an die während des Krieges und in der schwersten Zeit nach dem Kriege wiederholt gegebenen Versprechungen, die von der Gehilfenschaft für das Gewerbe gebrachten Opfer lohnen zu wollen, indem im Buchdruckgewerbe ein Lohnabbau zuletzt vorgenommen werden solle. So lang es scharf betont von Gehilfenseite bei den jüngsten Lohnverhandlungen. Als Antwort kam aber der provozierende Lohnabbauantrag, der Mitte März schon in Leipzig beschlossen gewesen sein wird. Wir haben das am 7. April in dem Schicksalsgemeinschaftsartikel ungeschminkt als Wortbruch bezeichnet und können von der „Zeitschrift“ nur sagen, daß sie zu wenig geistiges Schmalz zur Verfügung hat, um eine solche Lohnpolitik noch als fair erscheinen zu lassen. Sie moagelte deshalb über „uferlose Lohnforderungen“ etwas zusammen, und fiel damit, wie gelehrt, tüchtig herein.

Das Organ der Zeitungsverleger glaubte sich auch berufen, in seiner Nummer vom 30. März einige salbungsvolle Worte zur Zurückhaltung an die Gehilfenadresse richten zu müssen. Von dem „ganz erheblichen Preisabbau“ ausgehend, ließ sich der „Zeitungsverlag“ also vernehmen:

*Hierzu trat ferner die Erwägung, daß die Buchdrucker seit den letzten beiden Wahlen in der Lohnhöhe mit an erster Stelle der verschiedenen Gewerbegruppen rangieren. Daß aber das Buchdruckgewerbe als ausgeprägtestes Kolgewerbe un- möglich die Hand dazu bieten kann, daß die Buchdruckergehilfen über die andern Gewerbegruppen aufsteigen, das hätte eigentlich in dieser Zeit auch den Gehilfen-organisationen als gegeben erscheinen müssen.*

Demnach hat das Zeitungsverlegerorgan seine seit Jahren beobachtete Reserve in Lohn- und Tariffragen aufgegeben; in der Nummer vom 9. März war das auch schon zu spüren. Man kann sich in wenig Zeilen unter Umständen mehr verhaßen als in einem langen Artikel. „Zeitschrift“ und „Zeitungsverlag“ dokumentieren aber, daß das in Länge und in Kürze gleich kräftig geht. Da das Zeitungsverlegerorgan mit keinen selbständigen Argumenten kommt, brauchen wir nur noch wenig zu sagen: Wäre die Presse das mehr, was sie sein will, hätte das deutsche Volk trotz Versailles doch eine andre Zeit! Die bürgerlichen Blätter wie der bürgerliche Bloß im Reichstage sind der Wucherwirtschaft aber getreuliche Helfer. Wir haben in den letzten drei Wochen Nummer für Nummer Beweise gebracht, daß kein Preisabbau erfolgt; man will ihn gar nicht, man will nur Lohnabbau. Die letzten Hungerlöhne sollen bestenfalls stabilisiert werden, dabei ist eine neue Valutakontunktur schon im Anzuge. Gegen den Notstand der Presse geschehensrichtige Maßnahmen herbeizuführen, ließ man sich die Hilfe von Gehilfen- oder Betriebsräteversammlungen gern gefallen. Nun sie vorhanden sind, nun es zum ersten Male an die Vertretung der Nothilfe geht, die nicht so schmal ausfällt, nun Leser und Inserenten nicht mehr vor den hohen Preisen die Flucht ergreifen, da wird den Gehilfen und

Hilfsarbeitern Bescheidenheit trotz ihrer gar bescheidenen Löhne gepredigt — ist das nicht eine weitere Provokation?

Wie lange glauben denn die Buchdruckerbesitzer und die Zeitungsverleger bzw. ihre Organisationen noch solche skrupellose Lohnpolitik „durchhalten“ zu können? Die Verhältnisse allein schon machen sie von Tag zu Tag hilfloser. Der 18. April mit dem Übergang zu einer neuen Dollarklausel und zu dem damit trotz des bereits wieder einkehrenden Zeitungsgeschmufes von vorerst gleichbleibenden Preisen unentrinnbar kommenden und ja auch schon begonnenen neuen Preisaufstiege hat die glorreiche Taktik der Prinzipalsführung bereits über den Haufen geworfen. In allen von der „Zeitschrift“ angegriffenen Artikeln des „Korr.“ ist diese Entwicklung als eine Frage von kurzer Zeit behandelt worden. Wir haben recht behalten, der Prinzipalsleitung und der „Zeitschrift“ ist aber alles danebengegangen. Wohin soll das führen, wird sie vielleicht nun wieder fragen. Nun, die Taktik und die Lohnpolitik auf der andern Seite war bisher ein Weg in die Nesseln. Wir haben einen besseren gewiesen. Man beschreite ihn und trete in neue Verhandlungen mit der Gehilfenvertretung ein, ehe es unter Zwang und auf „lorbeer-geschmücktem“ Rücksuge doch dazu kommt.

Die Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins soll noch an einem kleinen Ausfluge zu den Faktoren illustriert werden. Die „Zeitschrift“ belundet in ihrer Nummer vom 18. April doch gar zu deutlich, daß der Artikel eines gelegentlichen Mitarbeiters in unfrer Nr. 38 schmerzlich gefessen hat. Er bekommt nämlich so viel ab, daß diese Annahme berechtigt erscheint. Uns will aber bedünken, als ob ein Berliner Faktor in der „Graphischen Welt“ vom 11. April eine Epistel gegen die Prinzipalität als „Marginalien zum neuen Tarif“ losgelassen hat, die nur in der Form etwas gemäßigter ist, sonst aber eine ebenso schwere Anklage gegen die Prinzipalität darstellt. In der gleichen Nummer des Faktorenorgans ist auch ein Leipziger Versammlungsbericht zu lesen, der ganz geffert gegen die Prinzipalität auslegt und für unsern Gewährsmann eine gute Deckung bildet. Die Ausführungen der „Zeitschrift“ werden also in Faktorenkreisen nicht überausend wirken, sondern unser Gewährsmann wird mit den seinigen das Richtige getroffen haben.

Die von neuem Geist erfüllte und neue Methoden anwendende Tarifpolitik der Prinzipalität kann sich den Faktoren gegenüber eines wirklich großen Erfolges rühmen: Die Vertragsgemeinschaft hat dieselben auseinandergedrückt und eine zweite Organisation erleben lassen, der vom sozialen Geiste geradezu durchdränkte Organisationsratif hat aber eine allgemeine Mobilmachung der Faktorenschaft hervorgerufen, und die Umformung des Deutschen Faktorenbundes zu einer alle vereinigenden modernen Gewerkschaft mit Anschluß an den IFA-Bund steht von dem im Mai stattfindenden Generalversammlung zu erwarten. Ist das der kurzlebige Organisationsratif von prinipalsseitiger Zimmerung nicht schließlich wert? Wohl doch!

So wahr die französische Politik des 11. Januar verkehrt und ver- rannt ist, was der DKB. betreibt, fällt, von den andersgearteten Um- ständen abgesehen, ebenfalls unter diesen Begriff. Seine ganze jetzige Art ist talsächlicher Angriff und nötig die Gehilfenschaft zu fortge- setzter Abwehr. Unre Kollegen mögen dabei auf die Kuße und Ge- schlossenheit der Kubrarbeiter setzen. Den Offensivgeist unfrer Unter- nehmer werden wir so am besten vertreiben.

## Volkswirtschaft

### Woran liegt's?

Am Dollar mißt man unsre Wirtschaft, an der Münze des reichsten und selbständigsten Staates. Sein Auf zeigt uns unser Ermatten an, sein Nieder flößt uns erneute Hoffnung ein. Nur ist dieses Steigen und Fallen zu trügerisch. Viele wünschen das Ende dieser heil- und halt- losen Wirtschaft, weniger die Geldmacher. Die Privilegierten sowie diejenigen, „die es verstehen“, wie man volksmäßig sagt, fischen gern weiter im trüben; denn man könnte dann wieder rechnen. Doch ohne Beschwerden vergeht selten etwas; ohne Schmerzigen Leben schaffen, ist auch nicht häufig.

Unsre Volkswirtschaft hat keinen Halt mehr. Wohl sind geistige und körperliche Kräfte als Ursprungsbildner des Wohlstandes ge- nügend vorhanden, jedoch die äußern wie die innern Abzapfräfte sind zu mächtig, um eine Wendung zum Bessern zu ermöglichen. Der Steuer- mann hat die Gewalt über das Steuer verloren, die Papierflut ist zu mächtig geworden. Die Insein (Spartassen) werden überspült. Kein Land, nichts als Bewegung, kein Ruhepunkt — Unzufriedenheit überall. Ja, jetzt weiß man erst, was es heißt, Grund unter den Füßen zu haben, einen Stützpunkt zu haben in Boden, Metall oder sonstigem materiellem Gut! Das spürt nicht bloß der einzelne, nein, auch die Verbindungen, die Organisationen. Man muß nur immer schnell schöpfen, damit nichts wekommt und verkommt. Die Tageszeitungen wimmeln von Anzeigen über Ankauf von Gold, Silber usw. gewisser Swänen. Aufbau, Sparen, die sonst erhabenste Tugend, ist unmöglich geworden für die Allgemein- heit, ja, es wäre sinnlos. Eine Änderung ist deshalb bei diesem Ob- walten unmöglich.

Vor dem Kriege sah man selten Papiergeld, zumal Scheine auf Lau- send kamen Arbeitern kaum zu Gesicht. Die Reichsbankstelle löste bis



4. August 1914 die Noten gegen Geld ein. Laut Bankgesetz mußte sie ein Drittel zur Deckung bereit haben. Wo ist heute Deckung vorhanden? Was wüßte sie auch gegen die in die Billionen laufende Papiermasse? Wir haben auch heute noch Reichsbanknoten: „.....Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer.“ So steht es wenigstens auf den Zahlungsmitteln. Anweisungen auf Getreide, Kartoffeln, Kohle oder sonst Notwendiges wäre noch etwas. Aber für reines Papier hat man nur innerhalb der Staatsgrenzen einiges. In der großen Welt sind Kreditheine auf Nichts kein Geld, da verlangt man Werte. Es ist ein sonderbares System, für reale Werte und Arbeitskraft nur Papiere zu erhalten. Alle solche Finanzkünste haben bisher unermesslichen Schaden angerichtet und sich nicht halten können. Sie haben das Volk um seine Freiheit gebracht, zu Sklaven herabgedrückt, zu Bettlern gemacht.

Ohne ein gesundes Geldfundament kann keine Volkswirtschaft recht funktionieren und gedeihen, das versteht sich im Innern wie nach außen. Sollen Staaten wie die Schweiz, Holland usw. mit noch gesetzlicher Währung sich uns anpassen, damit die dortige Industrie mehr Beschäftigung hat? Das hieße doch einen Gesunden durch Impfung krank machen! Umgekehrt ist der richtige Weg. Wir müssen trachten, aus diesem unerquicklichen Zustand herauszukommen. Aber wie? Mit besserem Gelde würde auch das Schiebertum eingedämmt; wenigstens ein Ubel. Denn wo die Tauschmittel halbwegs die gleichen sind, fehlt der Anreiz. Und die Arbeitslosigkeit? Sie ist keine Folge des Wertgeldes, bei Übergang wohl, aber wer wünscht denn unsern Zustand ewig? Rechtes Geld erhöht nur die Einnahmen der Arbeiter. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind wo anders zu suchen. Gerade wo es eng ist, wie in Deutschland, sollte mehr sozialer Geist walten. Luxusexistenzen sind da Volksschädlinge. Dann bedenke man: Wir können uns nicht frei bewegen!

Nach dem Kriege gaben viele Gemeinden in Ermangelung von Zahlungsmitteln Notarbeitslohn und Kofischeine heraus. Dieses vielfach aus Eitelkeit entstandene Geld hatte jedoch nur Sammelwert, fristete zwar noch Geschichts- und Geographiekennntnisse auf, erzeute das Auge, weckte den Humor, verschaffte der Industrie Arbeit, füllte etwas den verdorrten Gemeindesteuerfädel auf, hatte also immerhin eine gewisse Berechtigung. Aber es hob die Kaufkraft nicht, das Notwendigste. Geldscheine müssen zumindest auf etwas lauten, Deckung haben oder, was das Beste ist des Geldes, Gold-, Silbermünzen usw. sein; solche tragen den Wert in sich. Schwankungen sind dann ausgeschlossen. Papiergeld (Kreditgeld) dagegen, was vollständig von dem Vertrauen in den Staat abhängig sowie von Produktion, von Spekulation, und was weiß ich von sonst noch, hat nur eine zweifelhafte Stütze. Selbst grobe Volkswirtschaftslehrer wie David Hume und Adam Smith glaubten an eine Wirtschaft mit Zettelgeld. Erst Carey und Dühring gaben dem Metallgeld den rechten Platz in der Volkswirtschaftslehre. Ja, letzterer Nationalökonom hat die Geldfrage zur Kardinalfrage der Volkswirtschaft erhoben. Sein Gewichtsgeldsystem stellt das Ideal jedes nach Freiheit, Gerechtigkeit und Volkswohlfahrt Strebenden dar. (Herrgott, wir haben doch einen mit aller Welt verlorenen langen Krieg hinter uns, der eigentlich noch nicht zu Ende ist, wie die Rubrikation zeigt, und find doch vollständig ausgepumpt. Da kann man doch keine Vergleiche dieser Art ziehen! Red.) Man muß bereiften, daß realer Wert nur wieder mit realen Werten ausgeglichen werden kann von Rechts wegen. Daß Arbeitskraft etwas ist, das vergeht, deswegen auch ein Äquivalent dafür erfordert, das den Arbeiter nicht so leicht der Unterstützung preisgibt, damit er nicht zum Spielball des Staates und der Finanzmächte werden kann. Geseht, ein Großindustrieller zahlte seinen Arbeitern einen Teil des Lohnes in Papier, einen in Silber aus: wie erbärmlich würde sich jeder mit seiner Lebensratte vorkommen!

Der Staat hat das Monopol bezüglich Geldbeschaffung und Geldschöpfung, so wissen es die meisten und glauben die meisten. Geschaffen hat er das Geld nicht, sondern Geld als Vermittler zwischen Mensch und Produkt ist durch den Verkehr entstanden. Aber an Selbsthilfe und Recht des Volkes denkt niemand. Staatsmetallgeld würde auch jetzt durch den Feind beschlagnahmt werden. (Na also. Das ist doch gerade der springende Punkt! Red.) An ein Beispiel sei erinnert: Bei Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges trat auch eine Münzverschlechterung ein. Hamburger Kaufleute halfen sich damit, daß sie eine Silberbank errichteten. Mit Einzahlung von Silber wurde wieder mit Silber gezahlt. Erst bei der Einnahme Hamburgs durch Napoleon I. wurde diese Bank aufgelöst.

Dann, was ist Währung? Die Mark ist wie Franken, Gulden usw. ein hohler Münzname. Ein früheres Markstück in Silber hatte 33 Gramm Silbergehalt; ein Zehnmarsstück in Gold war besser ausgemünzt, es wog 4 Gramm, ein Zwanzigmarsstück 8 Gramm. Jetzt haben wir Papierwährung, früher Goldwährung. Abervorteilung wäre weniger möglich, Krifen ausgeschlossen bei einem Gelde nach Gewicht. Ihm würden sich alle Freunde einer gesunden, anständigen Wirtschaft anwenden. Ein solcher Staat mit solchem Gelde sties gewaltig im Ansehen.

Wir sehen im Papiergeld einen Räuber, Entrecker, Vernichter des Volkes und seiner Rechte. An seiner Erhaltung können nur Großbankiers, Großfinanziers und Konferten ein Interesse haben. Es ist jetzt ausgeschlossen, unser Geld mit der Zeit durch Arbeit und Sparsamkeit in wirkliches Geld umzuwandeln. Gleiche Kräfte können nun leider bloß mit gleichen bekämpft werden. Es ist nun einmal der Fluch der bösen Tat, die Böses nur gebären mag. Denn Krieg zu führen, ist etwas Gewagtes, dafür sind nur die zu haben, die das alte Regiment von Herren und Knechten aufrechterhalten wollen.

Stuttgart.

M. Greulich.

## Korrespondenzen

**Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) In der Versammlung am 25. März teilte der Vorsitzende u. a. mit, daß das Landesfinanzamt erneut darauf hingewiesen hat, daß die Nachzuschläge zu versteuern sind. Nach der Bewegungstatistik hatten wir am 10. März 111 und am 17. März 97 Arbeitslose. Am 10. Mai (Himmelfahrt) ist eine Partie nach Oranienburg geplant. Vor kurzem sandte uns ein dänischer Spartenkollege dänische Kronen (in deutscher Währung 66 666 M.) mit der Bitte, sie an bedürftige Kollegen zu verteilen. Im Namen des Vereins sprach der Vorsitzende dem edlen dänischen Spender wärmsten Dank aus. Hierauf gab Kollege Braun einen kurzen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen, dem sich ein Bericht des Kollegen Kretschmer über die letzten Sitzungen des Schiedsantes anschloß. Hierauf stimmte die Versammlung einem Antrage des Vorstandes zu, den wöchentlichen Beitrag von 10 auf 50 M. ab 1. April zu erhöhen. Beim nächsten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Georg Bösch einen Vortrag über: „Die Konzentration des Kapitals“. Zunächst auf die Ursachen der Kartellen- und Kartellbildungen eingehend, zeigte der Redner an zahlreichen Beispielen, wie das Kapital in seinen vielen Verflechtungen und Verfilzungen unser Wirtschaftsleben beeinflusst. Ebenso sei es mit Stinnes, der sich einer ganzen Reihe von Buchdruckereien und Zeitungen bemächtigt habe, um sie für seine Dienste auszunutzen. Das Referat klang in die Mahnung aus, daß es unse Pflicht sei, die Gewerkschaften stark zu machen, damit wir den Kartellen den Widerstand entgegensetzen können, der im Interesse des Volksganzen notwendig ist. Zur Aufnahme meldeten sich sechs Kollegen. Nächste Versammlung am 6. Mai.

**Hamburg-Altona.** (Außerordentliche Generalversammlung am 21. März.) Kollege Kunkler schilderte die Entwicklung der Verhandlungen in der Frage der Hamburger Sonderzulage. Dem Demobilisierungskommissar sei es nicht gelungen, die Prinzipale an den Verhandlungstisch zu bringen; sie erklärten, nur zentrale Verhandlungen zu wollen. Dazu werde sich anlässlich der am 23. März in Berlin stattfindenden zentralen Verhandlungen Gelegenheit finden. In der Aussprache wurde das provozierende Verhalten der Hamburger Prinzipale scharf kritisiert; getadelt wurde ferner die späte Kündigung des Lohnabkommens. Nach der Februarstatistik ständen 57 Berufe in Hamburg über dem Buchdruckerlohn und nur zwei oder drei darunter! Die Beratungen des Vorstandes mit den Vertretern der Erwerbslosen haben, so berichtete Kollege Kunkler, zu dem Vorschlag geführt, in der 12. und 15. Woche je 1000 M. Extrabeitrag zu erheben. Die eingehenden Gelder sollen nach Dauer und Bedürftigkeit an die Erwerbslosen unter Mitwirkung ihrer Vertreter verteilt werden. Diesem Vorschlag stimmte die Versammlung einstimmig zu. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, daß er ohne Befragen der Versammlung statt bisher über 500 M. künftig über das Hundertfache des jeweiligen Verbandsbeitrages verfügen kann. Der Vorschlag des Vorstandes, von dem Aprilbezugspreis des „Korr.“ in Höhe von 512 M. nur die Rückvergütung aus der Verbandskasse von 400 M. ohne Gausaufschuß zu leisten, wurde gegen einige Stimmen angenommen. Sodann referierte der Sekretär des Arbeiterrates Groß-Hamburg, Kollege F. Keumann, über das Thema: „Arbeitszeitgesetz, Arbeitslosenversicherung“. Er wies an Hand der vorliegenden, durch den Reichswirtschaftsrat noch verschlechterten Entwürfe nach, daß die Arbeiterschaft auf keinen Fall zulassen dürfe, daß sie in der jetzigen Form Gesetz würden. Notwendig sei, daß alle Kreise der Arbeiterschaft sich mit diesen wichtigen sozialpolitischen Fragen beschäftigen. In der Aussprache wurde u. a. vom A.D.G.B. verlangt, daß er rechtzeitig die nötigen Aktionen gegen diese Gesetzentwürfe einleite.

**Konstanz.** Die am 12. April abgehaltene Versammlung beschäftigte sich u. a. auch mit den letzten resultatlosen Lohnverhandlungen. Es herrschte nicht nur Enttäuschung, sondern Empörung über den ergangenen Schiedsspruch. Die Versammlung war sich darüber einig, daß etwas geschehen muß, um uns aus unserm Elend herauszuführen. Fest steht, daß von einer Stabilisierung oder gar einem Abbau der Preise auf allen Gebieten gar keine Rede ist, das kann man ja auch tagtäglich in den Zeitungen so ziemlich aller Parteischattierungen lesen; im Gegenteil, die Preise klettern von Tag zu Tag weiter in die Höhe. Fest steht aber auch, daß unsere Prinzipale ganz bestimmt mit einer Lohnerhöhung gerechnet hatten, denn in Erwartung dessen hatten sie die Abonnementspreise der Zeitungen für den Monat April beträchtlich erhöht, teilweise sogar um fast das Doppelte. Es ist einfach beschämend, wenn die Gehilfen sehen müssen, wie ungelernete Arbeitskräfte im gleichen Betrieb weit besser bezahlt werden als sie. Während die Gehilfen (alle verheiratet) eines hiesigen Betriebes verläßt arbeiten, erhält ein Hausbursche der gleichen Druckerei einen Wochenlohn von 78 000 M., während das tarifliche Minimum für verheiratete Gehilfen in der höchsten Staffel nur 71 250 M. beträgt. Auch die Angestellten (Bureaupersonal usw.) haben eine Gehaltserhöhung von 10 Proz. erhalten. Die Konstanzener Gehilfenschaft erwartet vom Verbandsvorstand, daß unverzüglich mit allen Mitteln daran gegangen wird, uns aus unserer trostlosen Lage herauszuführen, und daß er den in Frage kommenden Regierungsstellen klar macht, daß wir nicht länger gewillt sind, uns bei Vertretung unserer berechtigten Forderungen in den Arm fallen zu lassen. Wie wir von unserm geringen Einkommen alle vom Staat und den Gemeinden in den letzten Wochen ausgeheckten enormen Abgaben bezahlen und daneben auch noch leben sollen, mögen uns unsere Arbeitgeber einmal vormachen; wir sind außerstande, mit unsern

Löhnen ein menschenwürdiges Dasein zu führen, auf das auch wir berechtigten Anspruch haben. In der hiesigen Gehilfenschaft herrscht größte Erbitterung, darum möge man den Bogen nicht überspannen: Not kennt kein Gebot! Unseren Führern rufen wir zu: Landgraf werde hart!

**Neutlingen.** Den Anlaß zu dem am 29. März abgehaltenen außerordentlichen Versammlung gab die im „Korr.“ vom 24. März veröffentlichte 50prozentige Erhöhung des Verbandsbeitrages. Gleich nach Eröffnung der Versammlung setzte eine sehr lebhaft Debatt ein. Die Mehrzahl der sich zum Wort meldenden Kollegen war gegen eine Erhöhung des Verbandsbeitrages über einen Stundenlohn hinaus. Besonders empfindlich sei die Abführung für die in Kurzarbeit stehenden Kollegen. Nachdem etwa einundneinhalb Stunden oft stürmisch hin- und herdebattiert worden war, fand eine Entschiedenheit mit 31 gegen 6 Stimmen Annahme (bei einigen Stimmenthaltungen), die besagt, daß diese Erhöhung dem Leipziger Generalversammlungsbeschluss betreffend Stundenlohnbeitrag widerspricht. Der Ortsverein Neutlingen erhebt schärfsten Protest dagegen, daß eine Beitragserhöhung vorgenommen wird, bevor das Ergebnis der Lohnverhandlung bekannt ist. Verschiedene sonst noch auf der Tagesordnung stehende Punkte wurden rasch nacheinander erledigt.

### Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Seher August Gemler, geb. in Buchsal, 15. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Jetzige Kondition: Müllersche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Faktor Georg Eberle in Karlsruhe, 21. April: 50jähriges Berufsjubiläum.

Philipp Reck in Ludwigshafen: 50jähriges Berufsjubiläum. Jetzige Kondition: Gerisch & Co. („Pfälzische Post“) in Ludwigshafen.

## Allgemeine Rundschau

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die Geschäftsleitung der Firma Schlesische Buchdruckerei und Verlag in Breslau spendete zur Verteilung an ihr Personal für das laufende Vierteljahr 100 000 M. — Die Firma C. Janiszewski in Berlin legte im Einvernehmen mit dem Obmann ihres Betriebsrats folgende Vergünstigungen für ihr Personal in der Arbeitsordnung fest: 45stündige Arbeitszeit, Ferien (die in jeder Beziehung weit über das hinausgehen, was tariflich festgelegt ist), Ferienzuschuß (außer dem Lohn ein Fünftel des jeweiligen Wochenlohns), Unterstützung in Krankheitsfällen (wöchentlich 5000 M. Zuschuß). Es kommt ein Personal von 28 Köpfen in Betracht.

**Steuerabzug betreffend.** Auf eine Beschwerde des Leipziger Gewerksvereins gegen das Finanzamt Leipzig-Mitte, das es in einem Entscheid abgelehnt hatte, die tarifliche Entschädigung für besonders gelagerte Arbeitszeit als Aufwandsschuldung im Sinne des § 34 des Einkommensteuergesetzes steuerfrei zu lassen, hat das Landesfinanzamt Leipzig neuerdings in entgegenkommendem Sinne entschieden. Es hat nämlich die ablehnende Entscheidung des genannten Finanzamts dahin abgeändert, daß die den Gehilfen gemäß § 3 Ziffer 4 des Deutschen Buchdruckerartikels für die Zeit zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens gezahlten besonderen Vergütungen zur Hälfte (50 Proz.) ihres jeweiligen Betrages als Dienstaufwandsschuldung anzusehen und somit vom Steuerabzug freizulassen sind. In Hand dieses Entscheides ist es vielleicht auch an andern Orten möglich, die Steuerbehörden zu einem Entgegenkommen bezüglich der Entschädigung aus § 3 Ziffer 4 des Artikels zu bewegen.

**Vom Zeitungsdruckpapiermarkt.** Der Inlandsverbrauch an Zeitungsdruckpapier wurde nach einer Mitteilung in der „Papierzeitung“ für den Monat April 1923 nur noch mit 12 000 Tonnen, gegenüber 13 000 Tonnen im Januar 1923 und rund 28 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913, veranschlagt. Für den Monat März soll die Rückvergütung aus Beträgen der Zellstoffindustrie 2 Milliarden Mark betragen, wogegen sie für den Monat April auf nur 650 Millionen Mark festgesetzt worden ist. Aus dem Betrage von 650 Millionen Mark und einem kleinen Zuschuß von der Holzstoffindustrie wird sich eine Senkung des Papierpreises um 50 bis 60 M. das Kilogramm herbeiführen lassen.

**Reichsarbeitsminister gegen Reichswirtschaftsminister.** In der jüngsten Nummer der „Dachdeckerzeitung“ wurde ein an den Vorstand des Dachdeckerverbandes gerichtetes Schreiben des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns vom 1. Juli 1920 veröffentlicht, worin der genannte Minister im Hinblick auf die damalige ernste Wirtschaftslage u. a. ausführte, es müsse alles geschehen, um der wachsenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Wörtlich heißt es in dem betreffenden Schreiben noch: „Ich stimme auch darin mit Ihnen überein, daß es nicht angezeigt wäre, vorzeitig eine Senkung der Löhne anzustreben. Solange die Kosten der wichtigsten Nahrungsmittel noch eine Tendenz nach oben zeigen, ist das zweifellos nicht angängig.“ Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben mit denen im Jahre 1920 eine verteilte Ähnlichkeit. Auch damals wollten die Unternehmer genau wie heute mit einem in keiner Weise berechneten Lohnabbau beginnen. Man sollte deshalb erwarten, daß der Reichsarbeitsminister auch heute noch zu seiner grundsätzlichen Auffassung steht: erst Preisabbau, dann Lohnabbau. Wenn das aber

der Fall ist, dann wäre ein Privatissimum gegenüber seinem bürgerlichen Ministerkollegen Beder über die Zeitnotwendigkeiten dringend zu wünschen. Der jetzige Reichswirtschaftsminister Beder möchte ja bekanntlich das Pferd am Schwanz aufzäumen und verlangt einen Lohnabbau, noch ehe die Preiswelle zum Stillstand gekommen ist. Wir haben die Beder'sche Methode schon verschiedentlich charakterisiert; sie gleicht einer Dr. Eisenbarth-Kur an der Arbeiterkassette, deren Anwendung diese den schärfsten Widerstand entgegensetzen wird. Der Verelendungsprozess der werktätigen Bevölkerungsklassen ist ohnehin weit genug vorgeschritten.

**Schub gegen Entlassungswillkür.** Der § 87 des Betriebsrätegesetzes bestimmt u. a., daß der Arbeitgeber, falls die Entlassung eines Arbeitnehmers als zu Unrecht erfolgt anerkannt wird, zur Entschädigung verpflichtet ist, wenn er die WiederEinstellung verweigert. Diese Entschädigungspflicht wird nach der Anzahl der Jahre bemessen, die der Entlassene beschäftigt war, sowie nach der wirtschaftlichen Lage des Arbeitnehmers und der Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers, und sie darf für jedes Jahr bis zu einem Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes, jedoch nicht über sechs Zwölftel betragen. Gestützt auf die Geldentwertung und durch Verschleppung des Verfahrens wie Hinauszögerung der Zahlung der Entschädigung, haben die Unternehmer den Sinn dieser Schubbestimmung illusorisch zu machen versucht. Um dem einen Niesel vorzuschreiben, ist nunmehr im Einverständnis mit der Reichsregierung eine Änderung des § 87 ausgearbeitet worden, für die bereits eine feste Reichstagsmehrheit vorhanden ist. Die Änderung besagt: 1. Im Absatz 2 ist zwischen Satz 2 und 3 folgender Satz einzufügen: „Die einzelnen Bestandteile des Jahresarbeitsverdienstes sind mit einem Betrag in Ansatz zu bringen, der der zur Zeit der Entschädigung maßgebenden Lohn- oder Gehaltsgröße der Berufsgruppe entspricht.“ 2. Als Absatz 3 ist anzufügen: „Kommt der Arbeitgeber mit der Zahlung der Entschädigung in Verzug, so hat er dem Arbeitnehmer auch den durch die Geldentwertung entstehenden Schaden zu ersetzen.“ Mit diesen Änderungen, die eine Verbesserung des Betriebsrätegesetzes bedeuten, wird es den Unternehmern und ihren unerantwortlichen Katgebern unmöglich gemacht, die willkürlich Entlassenen um den im Gesetz festgelegten Entschädigungsanspruch zu bringen.

**Die Erwerbslosenunterstützung.** Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat Veranlassung gegeben, daß der Reichsarbeitsminister die Bestimmungen über den Bezug von Erwerbslosenunterstützung in einigen Punkten gemildert hat. Für einige Berufe mit verhältnismäßig günstigem Arbeitsmarkt war die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung allgemein auf 13 Wochen vermindert worden. Nach dem neuen Entscheid sollen für eine solche Beschränkung in erster Linie örtliche Verhältnisse maßgebend sein. Entscheidend soll daher auch in den Berufen mit im allgemeinen günstigen Arbeitsverhältnissen sein, ob die besondere Lage des Berufes an Ort eine Beschränkung rechtfertigt. Es soll eine Beschränkung auf 13 Wochen erfolgen, wenn sie sich örtlich rechtfertigt, jedoch nur für einige bestimmte Berufe, unter anderem Bergbau, Baugewerbe, einige Branchen der Metallverarbeitung und Landwirtschaft. Im übrigen beträgt die Höchstdauer grundsätzlich 26 Wochen, jedoch soll zur Vermeidung unbilliger Härten ausnahmsweise eine Verlängerung eintreten können. Es soll aber nur dann von einer Verlängerung der Höchstdauer über 26 Wochen hinaus Gebrauch gemacht werden, wenn der Erwerbslose Angehörige zu ernähren hat. Ausnahmsweise soll von diesem letzteren Grundsatz abgegangen werden dürfen bei den Angehörigen folgender zur Zeit besonders notleidender Berufe: Spinnstoffgewerbe, Schuhmacher, Tabakarbeiter und Buchdrucker. Eine bestimmte Befristung der Verlängerung der Bezugsdauer ist nicht vorgesehen, sondern es soll die Verlängerung nach Möglichkeit nur auf kurze Fristen ausgesprochen werden. Aufgabe der örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter wird es sein müssen, bei den städtischen Behörden und Fürsorgeausschüssen dahin zu wirken, daß entsprechend den neuen Bestimmungen verfahren wird. Über die Höhe der Unterstützungsätze finden zur Zeit Verhandlungen statt. Es ist also mit weiterer Erhöhung in den nächsten Tagen zu rechnen. Eine Frage ist nur, ob sich die Regierung entschließt, endlich Sätze festzusetzen, die dem tatsächlichen Notstand der Erwerbslosen Rechnung tragen. Der Vorstand des ADGB hat entsprechende Forderungen an die Regierung gerichtet.

Freie Bahn dem Wucher der Getreide. Der deutsche Reichstag hat in seiner Sitzung vom 12. April die letzten Reste der gebundenen Getreidewirtschaft auf einen diesbezüglichen Antrag des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei mit 211 gegen 146 Stimmen beseitigt. Das Getreidewirtschaftsverfahren, das bisher dazu beitrug, den Preis des Marktenbrottes wesentlich niedriger zu halten als jenen des marktfreien Brotes, ist damit für die neue Ernte gefallen. Die in Frage kommende Entschädigung hat folgenden Wortlaut:

Die Sicherung des Bedarfs an Brotgetreide durch eine gebundene Wirtschaft ist nicht mehr möglich. Von einer weiteren Getreidewirtschaft muß daher abgesehen werden. Die rechtzeitige Sicherung einer für die Ernährung der Bevölkerung ausreichenden Brotgetreidemenge unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen, der Verbrauchervertretungen, der Mühlen, der Bäcker und des legitimen Handels ist erforderlich. Eine Verteilung des Brotes für Kinderemittelle, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Erwerbslosen, Armenzulassung und der Arbeiterkreise zu rechnen ist, ist unter Bedingung der erforderlichen Mittel durch Befreiung des Getreides in weitestem Umfang zu bewerkstelligen. Diese Befreiung muß von Beginn des neuen Wirtschaftsjahres festlich festgelegt sein. Vorher wird die Getreidewirtschaft nicht aufgehoben werden. Das Ernährungsprogramm der Reichsregierung für das Jahr 1923/24 ist mit möglichst früher Freigabe des Getreides zu beschließen.



Die Sozialdemokraten hatten einen Antrag gestellt, wonach der gesamte Getreidebedarf zur Brotbeschaffung für die versorgungsberechtigte Bevölkerung mit 4 1/2 Millionen Tonnen im Inland aufgebracht werden soll. Für jede abgeföhnte Tonne Getreide sollte den landwirtschaftlichen Produzenten eine entsprechende Menge Stickstoff geliefert werden, die dem Wertverhältnis zwischen Stickstoff und Getreide im Frieden entspricht. Der vorgelegte Entwurf wurde jedoch von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt, und statt dessen vorstehende Entschlieung, die eine vollständige Aufhebung der Getreideumlage bedeutet, angenommen. Wie aus dieser Entschlieung hervorgeht, haben also für die Zukunft alle, die nicht zu den „Minderbemittelten“, d. h. zu den Sozialrentnern, Erwerbslosen, Armengeldempfängern und Kinderreichen, gehören, mit einer wesentlichen Erhöhung des Brotpreises zu rechnen; vorausgesetzt, daß nicht die fernere Entwicklung der ausländischen Konkurrenz auf dem Getreidemarkt einen Strich durch diese agrarische Spekulation macht. Vorläufig sind dafür jedoch nur geringe Aussichten vorhanden, da die bürgerlichen Parteien im Reichstag, die diesen Beschluß jetzt zustande gebracht haben, in ihrer Interessengemeinschaft mit den Agrariern immer noch die Hebel in der Hand haben, durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen oder Verschwerungen dem Wucher der Agrarier freie Bahn zu schaffen. Daß die Getreideproduzenten in Deutschland die Aufhebung der gebundenen Wirtschaft für das Getreide mit der Begründung forderten, daß nur durch die freie Wirtschaft die fernere Sicherung des Bedarfs an Brotgetreide möglich sei, läßt erkennen, daß die bisherige gebundene Wirtschaft sie dazu „veranlaßte“, den Getreideanbau willkürlich einzuschränken. Daß sie nunmehr nach Aufhebung des ihnen so unbequemen Getreideumlageverfahrens sich mit Todesverachtung auf die Mehrerzeugung stürzen und dadurch dem deutschen Volke seine Lebenshaltung erleichtern würden, das kann nur ein volkswirtschaftlicher Analphabet glauben, der nicht weiß, daß gerade die freie Wirtschaft weit mehr „psychologische“ oder privatkapitalistische Hemmungen in sich schließt als jede staatliche Zwangswirtschaft. Die ganze Preisentwicklung seit Wiedereinführung der freien Wirtschaft ist der beste Beweis dafür und die zunehmende Arbeitslosigkeit ihr tiefster Schatten, der die Wucherpolitik in allen Variationen, besonders auf agrarischem Gebiet, nur um so deutlicher hervortreten läßt.

**Wucherbekämpfung in Preußen.** Einer Mitteilung des preussischen Landespolizeiamts über die Bekämpfung des Wuchers entnehmen wir folgende allgemein interessierende Angaben: Seit Beginn dieses Jahres erstatten die Polizeiverwaltungen Preußens dem Landespolizeiamt allmonatlich eine statistische Übersicht über die von ihnen bearbeiteten und der Staatsanwaltschaft weitergeleiteten Wucherfälle sowie über die Anzahl der von ihnen auf Grund der Verordnung über die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 ausgesprochenen Handelsunterjugungen. Bisher liegen die Angaben von Januar bis Februar vor. Die Meldungen sind noch nicht ganz abgeschlossen. Für den Monat Januar lagen von 433 Polizeiverwaltungen Meldungen vor. In 109 Polizeiverwaltungen waren Wucherfälle nicht zu verzeichnen. Von 324 Polizeiverwaltungen wurden 6738 Fälle an die Staatsanwaltschaft abgegeben und 130 Handelsunterjugungen ausgesprochen. Im Monat Februar lagen von 495 Polizeiverwaltungen Meldungen vor. 405 Polizeiverwaltungen haben der Staatsanwaltschaft 9804 Anzeigen erstattet und 219 Handelsunterjugungen ausgesprochen. Bei Vergleichung der Ergebnisse der beiden Monate ergibt sich die Tatsache, daß die Polizeiverwaltungen eine immer energiegeladere Tätigkeit entfalten haben und daß sie von dem Recht der Handelsunterjugung als wirksame Maßnahme gegen Wucherer einen immer häufigeren Gebrauch machen.

**Neue Briefmarken.** Briefmarken zu 40 M. werden jetzt auch in Grün im Muster der Randarbeitermarken auf weißem Raffelmusterpapier hergestellt. Flugpostmarken gibt es demnächst auch zu 100 M. mit dunkelolivgrünem Aufdruck auf rosafarbigem Unterdruck, in der Ausführung wie die andern. Endlich gelangen noch statistische Marken zu 5000 und 10 000 M. im Muster der Marke zu 50 M. zur Ausgabe.

**Arbeiterfahrten ins Ausland.** Das Zentralbureau für Arbeiterbildungswesen des Internationalen Gewerkschaftsbundes plant Studienreisen von Arbeitern nach dem Ausland. Es möchte vor allem auch die Arbeiterjugend der verschiedenen Länder miteinander in Fühlung bringen. Diesem bedeutsamen Zweck dient eine Reise von zwölf deutschen und drei österreichischen jungen Leuten aus der Arbeiterjugend-internationale, die am 21. April von Hamburg nach Grimsby fahren und eine Reise durch England antreten, wo sie in einer Reihe von Städten Konzerte veranstalten, Volkstänze aufführen und Volkslieder singen werden. Am 28. und 29. April werden sie in Barnsley, am 30. April in Wakefield, am 1. Mai in Suddersfield, am 2. Mai in Bradford, am 3. Mai in Leeds, am 4. Mai in Derby, am 5. und 6. Mai in York sein. In Derby wird der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, S. H. Thomas, sie begrüßen. Am 8. Mai werden sie auf dem englischen Braunkongress zugegen sein.

**Sterbetafel**

In **Hagen** der Buchdrucker Franz **Rosen**, 39 Jahre alt.  
 In **Berlin** am 6. Januar der Geheimevalde Ferdinand **Stechow** aus Sund in Schweden, 63 Jahre alt — Herzleiden; am 3. März der Seher Hans **Umlauf** aus Charlottenburg, 50 Jahre alt — Nierenentzündung; am 4. März der Seher Richard **Radau** aus Hohenries, 49 Jahre alt — Magen- und Darmoperation; am 5. März der Stereotypen Georg **Mahle** aus Werder, 38 Jahre alt — Gehirnerweichung; am

5. März der Seher Ernst **Jensen** aus Berlin, 48 Jahre alt — Rückenmarkleiden; am 7. März der Seher Max **Burghardt** aus Langenbielau, 33 Jahre alt — Lungenentzündung; am 7. März der Geheimevalde Robert **Kleinmann** aus Berlin, 78 Jahre alt — Nierenentzündung, Herzlähmung; am 11. März der Geheimevalde Karl **Friedrich** aus Gützkow, 71 Jahre alt — Darmkrebs; am 13. März der Seher Robert **Müller** aus Gertow, 70 Jahre alt — Herzschlag; am 16. März der Seher Hermann **Schwenke** aus Götzen, 69 Jahre alt — Gehirnschlag; am 17. März der Drucker Hermann **Rach** aus Berlin, 46 Jahre alt — Lungenüberkuloose; am 19. März der Geheimevalde Wilhelm **Wegler** aus Berlin, 33 Jahre alt — Lungenemphysem; am 21. März der Druckerinvalide Paul **Rosow** aus Berlin, 73 Jahre alt — Herzschlag; am 2. April der Seher Richard **Fuß** aus Berlin, 50 Jahre alt — Lungenüberkuloose; am 1. April der Geheimevalde Robert **Semrau** aus Bromberg, 74 Jahre alt — Herzschlag; am 5. April der Geheimevalde Emil **Rauje** aus Berlin, 64 Jahre alt — Rippenfellentzündung; am 6. April der Seher Ferdinand **Urban** aus Wien, 61 Jahre alt — Lungenüberkuloose.  
 In **Breslau** am 12. April der Drucker Robert **Langner**, 42 Jahre alt.  
 In **Dresden** am 20. März der Prokurist Oscar **Darbring**, 64 Jahre alt; am 8. April der Buchdruckerbesitzer Richard **Ferdinand Kurt Heinrich**, 48 Jahre alt.  
 In **Giech** am 7. April der Maschinenseher Georg **Kopp** aus Götzen, 35 Jahre alt.  
 In **Hannoversberg** a. d. W. am 9. April der Seher Max **Sorn** aus Frankfurt a. d. O., 42 Jahre alt.  
 In **Hingeburg** der Drucker Max **Gährt** aus Neuhütten, 41 Jahre alt.  
 In **Malz** am 6. April der Seher Johann **Grünhäuser**, 29 Jahre alt — Kopfrippe.  
 In **Mannheim** am 21. März der Maschinenseher Karl **Habermann**, 35 Jahre alt — Herzschlag.  
 In **Neubrunn** der Seher Erich **Wiedemann** aus Stavenhagen, 42 Jahre alt.  
 In **Pirmasens** am 11. März der Seher Paul **Curtz** aus Halle a. d. S., 39 Jahre alt.  
 In **Reisdam** am 25. März der Seher Ewald **Boigt** aus Caputh, 32 Jahre alt.  
 In **Reinickendorf** am 22. März der Geheimevalde Joseph **Kietzsch**, 58 Jahre alt.  
 In **Reinickendorf** am 6. März der Geheimevalde Wilhelm **Wilm**, 60 Jahre alt.  
 In **Stendal** am 13. März der Seher Karl **Radow**, 26 Jahre alt.  
 In **Stuttgart** am 9. April der Seher Otto **Müller**, 42 Jahre alt.  
 In **Wiesbaden** am 14. März der Seher Christian **Schöller**, 40 Jahre alt.

**Briefkasten**

S. G. in S.: Warum senden Sie denn am 13. April erst Bericht ab über Veranlassung am 13. März? Es wird doch aller paar Nummeri darauf hingewiesen, daß innerhalb einer Woche nach Statistiken von Beranlassungen die Berichte bei uns eingehen müssen. Wenn das aber erst so verspätet geschieht, dann wird damit nur bewiesen, daß man selbst kein Interesse an der Berichterstattung hat. Folglich ist sie auch überflüssig! Das werden wir künftig durch Ablehnung solcher Berichte ebenfalls zum Ausdruck bringen. — Gehring R. D. in W.: Lesen Sie die nach Gera gerichtete Antwort im Briefkasten der Nr. 41. Will Harten Geiten und Schnoddiesteiten ist in der Frage nichts zu erreichen. Jeder Vorritt muß mühsam und mit Hingabe erkämpft werden. — D. B. in Schmargendorf: Keiner von uns kann sich des betreffenden Voms erinnern. — D. B. in Mählesdorf: Best! Nachweis, daß der Jubilar Verbandsmitglied ist. — G. G. in W.: Weshalb denn alle Gehringe unter dem weifremden Unfsiedel irgendeines örtlichen Gewerbevereins leiden lassen? Die Logik liegt jedenfalls auf unrer Seite. Ein Artikel erscheint aus naheliegenden Gründen nicht. — Firma H. in Frankfurt a. M.: Jubiläumserichte von der Art des uns übermitteln bringen wir nicht mehr. — R. W. in U.: Aufnahme wird zugefagt. — J. E. in Reinsburg: Für Kunst in tariflichen Fragen ist nur der dortige Organisationsvertreter (Ortsvorstand) oder der Gauvorstand zuständig; nach unrer Auffassung kommt hier ein Differenzfall in Frage, der nötigenfalls vor das zuständige Schiedsamt gehört. — M. W. in Würzen: Alle drei Fragen sind in dem betreffenden Artikel beantwortet. Eine genauere Beantwortung verbietet das Beziehen und die Erhaltung besserer Verhältnisse. Im übrigen sind für spezielle Auskünfte nur die Gauvorstände oder der Verbandsvorstand zuständig, nicht die „Korr.“-Redaktion. — M. Spr. in Tr.: Im Manuskript so angeben, wie veröffentlicht; wenden Sie sich nach Stuttgart. — W. G. in D.: 2400 M. — D. W. in Fr.: 2000. — D. in M.: Da Thema schon mehrere Male behandelt, kann Artikel nicht mehr gebracht werden.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191 Postfachkonto: Berlin Nr. 1023 87 (W. Schweinik)

**Betreffend Statistikkarten für die Zählung der Arbeitslosen**

Die für das Reichsamt für Arbeitsvermittlung bestimmten Statistikkarten für die Zählung der Arbeitslosen für das I. Quartal 1923 sind von den nachbenannten Orten nicht eingelangt worden: Heiligenfeld, Heilsberg, Stallupönen, Genthin, Krefeld, Trier, Pfarrkirchen, Ludwigshafen, Konstanz und Mannheim.

Die Hauptverwaltung.

**Kassel.** Der Drucker Joseph **Lausenberger** aus Korbz (Hauptbuchnummer 50300) wird um Angabe seiner Adresse an Kollegen Ludwig **Söhler**, Hegelstraße 24, zwecks Regelung seiner Beiträge ersucht.

**Adressenveränderung**

**Barch (Ostsee).** Vertrauensmann: Karl **John**, Badtüberstraße 3.  
**Köthen i. Anh.** Kassierer: Paul **Lange**, Neustadt 33.  
**Neisse.** Vorsitzender: Emil **Woitke**, Bischofsstraße; Kassierer: Robert **Rowaczek**, Jollstraße 34; Kassefferverwalter: August **Hoffmann**, Breslauer Straße 18 IV, Auszahlung: 2 bis 3 Uhr.  
**Neuwied a. Rh. (Wt.)** Vorsitzender: Peter **Ehl**, Marktstraße 24 II.  
**Reichenhain.** (Druckfehlerberichtigung im Adressenverzeichnis.) Es muß dort heißen **Karl Bonwenger** statt **Karl Bonwenger**.  
**Schmerin i. M.** (Maschinensehervereinigung Mecklenburg-Vorpomm.) Vorsitzender: Wilhelm **Daniels**, Müllersstraße 8 III; Kassierer: Julius **Lihendorf**, Gartenstraße 6.  
**Trossingen.** Vorsitzender: Rudolf **Springer**, Kugelfaßstraße 10.  
 Bezirk **Weser-Eibe** und **Bremervorland** u. Umg. Wegen Wiederaufnahme der Seefahrt durch den ersten Vorsitzenden **Clas** sind alle Zuschriften an den zweiten Vorsitzenden **Hermann Sühr**, Lebe a. d. W., Kassel-Wilhelmstraße 25, zu richten.

**Arbeitslosenunterstützung**

**Würgurg.** Arbeitsnachweis- und Kassefferverwalter: Joseph **Kersch**, Spreckzeit Montag bis Freitag nachmittags 5 bis 6 Uhr, Sonnabends vormittags 11 bis 12 Uhr im Arbeiterfretariat, Semmelstraße 40 I.

**Versammlungskalender**

**Hue i. Sa.** Kleine Bezirksversammlung Sonntag, den 20. April, vormittags 8 1/2 Uhr, im „Kollischhofchen“.  
**Oberfelde.** Versammlung Sonntagabend, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale **H. Heine**.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 50 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 250 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

# Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postschickung.

## Langenscheidts Wörterbücher

mit Angabe der Aussprache nach dem System der Methode Toussaint-Langenscheidt zeichnen sich durch klare, augenscheinende Schrift und übersichtliche Anordnung aus. Ihre Zuverlässigkeit ist sprichwörtlich. Die Bearbeiter der Werke zählen zu den hervorragendsten Sprachgelehrten.

**Muret-Sanders** Enzyklopädisches Wörterbuch der englischen und deutschen Sprache. Teil I: Englisch-deutsch. Teil II: Deutsch-Englisch. Große Ausgabe 4 Bände, Handausgabe 2 Bände.

**Sachs-Billatte** Enzyklopädisches Wörterbuch der französischen und deutschen Sprache. Teil I: Französisch-deutsch. Teil II: Deutsch-französisch. Große Ausgabe 4 Bände, Handausgabe 2 Bände.

**Menge-Güthling** Griechisch-deutsches Schulwörterbuch mit besonderer Berücksichtigung der Etymologie. Teil I: Griechisch-deutsch. Teil II: Deutsch-Griechisch. 2 Bände.

**Menge-Güthling** Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch mit besonderer Berücksichtigung der Etymologie. Teil I: Lateinisch-deutsch. Teil II: Deutsch-lateinisch. 2 Bände.

## Langenscheidts Taschenwörterbücher

Zuverlässig und bequem für Reisende, Praktiker und den Schulgebrauch. Erschienen für alle wichtigsten modernen und die alten Sprachen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Ausführliche Prospekte mit Preisangabe kostenlos

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandl. (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg.

## München Welcher Kollege Oberbayern

an der Schmausmaschine Typograph würde mit 22-jährigem Typographen in einer sehr guten Distanz Nordschwabens tauschen! Stellung ist dauernd u. mühe gegenläufig auch der Fall sein. Angebote unter Nr. 108 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

## Ortsverein Freiberg

Donnerstag, den 29. April:

### Feier des 50-jährigen Bestehens

Nachmittags 1 1/2 Uhr im Restaurant „Stadt Dresden“

### Bezirksversammlung

Referent: Verbandsvorstand Kollege Geiß (Berlin). Thema: „Gewerkschaftliche Zeitfragen“. Daran anschließend Kommerz.

Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

## Typographische Vereinigung Berlin

Montag, den 23. April, abends 8 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsplatz 2:

Vortrag des Schriftstellers Herrn Robert Brenner: „Aussichten deutscher Dualitätswirtschaft“.

Zu dieser Veranstaltung laden wir die neuangeworbenen Kollegen ein. Ausgabe der Eintrittskarten zur Frühlingssfeier. Der Vorstand.

## Erfahrener Zeuggraveur

welcher penknich saubere Arbeit liefert, gesucht. Benj. Krebs Nachf., Schriftsetzerel, Frankfurt a. M.

## Erfahrener Maschinenmeister

23 Jahre alt, vertraut in Werks-, Platten- und Akzidenzdruck sowie mit der Zweifelhautmaschine, sucht Stellung für sofort oder später. Offerten unter Nr. 109 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

## Erfahrener Linotypsetzer

mit langjähriger Praxis kann sofort eintreten. „Mittelmeer Generalanzeig.“, Mühlheim-Ruhr.

## Junger Schriftsetzer

(Dienstzeit beendet) sucht bald Stell. Ling. an R. Oratschek, Müllisch (Breslau), Ring 21.

## Sofort tüchtiger Typographsetzer

für 8-Maschine gesucht. „Volksfreund“, Verlagsgesellschaft und Druckerei M. König, G. m. b. H., Recklinghausen.

## Russisch!

Erster, tüchtiger russisch-deutsch. Setzer

Metteur, ledig, bewandert in allen Satzarten, welcher die russische Sprache in Wort u. Schrift vollkommen beherrscht, auch perfekt im Polnischen und Hebräischen, sucht Stellung.

Ausführliche Angebote an M. Knoch, Lübeck, Sadowastrasse 6 part.

## Neuangelegener Schriftsetzer

vertraut mit allen Satzarten und Flachstereotypie, sucht Stellung. Kann eventuell am Tegel und Schnellpresse ausbilden. Gutes Geh. und Prüfungszeugnis.

Angebote unter Nr. 101 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

## Werkssetzer

27 Jahre alt, ledig, für wissenschaftlichen und fremdsprachlichen Satz, mit Kenntnissen im bedruckten und getriebenen Satz, tüchtig in der Verarbeitung von Maschinenfabrik, Stereotypie, sucht Stellung. Leipzig oder Umgebung bevorzugt.

Offen. Angebote erbeten unter S. F. 117 an die Geschäftsstelle des Blattes, Leipzig, Königstraße 7.

## Junger, tüchtiger Maschinenmeister

(Schweizerdegen), in Werks-, Platten- und Akzidenzdruck an Schnellpresse und Tegel erfahren, Kenner des R. & S. Bogensetzers. Gleich tüchtig in der Bedienung von 4 bis 16seitigen Rotationsmaschinen (auch variabel. Bogl.), sucht sich zu verändern. Mitteleuropa bevorzugt, doch nicht Bedingung. Off. Offerten unter Nr. 111 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

## Monolinsetzer

guter Maschinenkenner und -pfleger, wünscht sich zu verändern. Off. Offerten unter Nr. 113 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

## Monotypsetzer

(D), 28 Jahre, verh., guter Maschinist, firm in all. Satzarten (Tabellen), achtjährige Praxis, wünscht sich zu verändern. Off. Angeb. mögl. w. Wohn. erb. unter Nr. 86 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

## Allerer, erfahrener Maschinenmeister

ledig, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht Kondition. Angeb. erbeten an A. Reß, Göppingen (Württemberg), Ulmer Straße 17.

## Schweizerdegen

24 Jahre, in allen Satzarten sowie auf Tegel und Schnellpresse gut erfahren, mit Kenntnissen am Typogr. UB, wünscht sich zu verändern. Säch. oder Mitteldeutschland bevorzugt! Eventuell auch Saisonstellung. Off. Angebote erbeten an A. Gleisner, München, Lindwurmstraße 37 I.

## Monotypsetzer

ledig, mehrjährige Praxis, guter Maschinenkenner und -pfleger, wünscht sich in angenehme Stell. zu verändern. Egal wohin. Off. Offerten erbeten unter Nr. 87 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

## Berliner

### Korrektorenverein

Donnerstag, den 29. April (n. i. t. 22.), vormitt. 9 1/2 Uhr, im „Orphanenhaus“, Alexanderstraße 44:

### Versammlung

Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vereinsmittlungen. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

### Neu erschienen:

„Der Harmonie-Sucher“

von R. W. / Ein praktischer Ratgeber für farbige Druckarbeiten / in Anwendung des 2teiligen Farbtonkreises nach Prof. Hübner. / 2 Ausgaben: A 1 Farbtonkreise 1000 N. B 3 Farbtonkreise 1600 N. Porto für A 60 N., für B 100 N. Hauptvertrieb: Der Graphische Verlag, Th. Range, Dresden-N. Dipoldiswalldener Platz Nr. 1 Postfachkonto Dresden 6287.

Für die mir zum 50-jährigen Jubiläum darzubringen Ehrentage u. Gratulationen spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus. Hermann Endler, Leipzig-Randlitz.



## Gute Waren sind die billigsten!

Immer wird sich herausstellen, daß im Gebrauch solide Waren auf die Dauer billiger kommen als minderwertige.

Wir liefern gute Waren zu soliden Preisen auf Teilzahlung.

Katalog mit 1500 Abb. kostenlos. Uhren, Goldwaren, Regulatoren, Wecker, Haushaltsartikel, Lederwaren, Koffer, Schirme, Antilke Musikinstrumente, Sprechapparate, Platten, Raucherartikel, Reisezeuge, Reifegeräte, Katalog für Photoapparate und Photomaterial. Janoss & Co., Berlin M 407 Belle-Alliance-Straße 7-10.



## Herren - Uster

aus gutem dauerhaften, widerstandsfähigen Stoff, schick, elegant, solid gearbeitet, in dunklen Farben nur solange Vorrat

### von 25 000 M. an

zu verkaufen. Versand nach auswärts nur gegen Nachnahme.

Max Theemann, Leipzig-Gohlis, Friedensstr. 9

## Werkzeuge für Seher

Bildungsverein der Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Für die zahlreichen Glückwünsche, die mir aus Freunden und Kollegenkreisen anlässlich meines 50-jährigen Berufsjubiläums zugegangen sind, sage ich hierdurch den herzlichsten Dank! Leipzig, April 1923. Oskar Adermann.

Für die mir zum 50-jährigen Berufsjubiläum von nah und fern gesandten Glückwünsche sowie reichen Geschenke seitens meiner wertvollen Kollegen und Chefs sage ich hierdurch meinen innigsten Dank! Oskar Witten, im Hause Kadell & Gilke, Leipzig.

Jeder Arbeiter erlernt spielend die Weltsprache I D O aus dem Lehrbuche für Arbeiter, welches durch seine mod. Unterrichtsmeth. u. profletar. Inhalt. Material. fr. zu bez. u. I D O - Verl., A. Dolg, Leipzig, Braunsr. 29 III. Postfach Leipzig 4279 Grundpreis 1 M. [98]

Am 7. April verstarb unerwartet nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinensetzer Georg Repp aus Schotten, im fast vollendeten 35. Lebensjahre. Sein Andenken hält stets in Ehren. Der S. V. Siegen.

Am 16. April verstarb im Alter von 80 Jahren unser lieber Kollege, der Buchbinder Morik Gottschalk. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen von S. V. Teubner, Leipzig.

Plötzlich und unerwartet ist am 15. April infolge Gehirnschlags unser lieber Kollege, der Korrektor Hermann Spilker im 66. Lebensjahre gestorben. Tieferschüttert stehen die Mitglieder des Bezirks Danabück an der Bahre eines Mannes, der mit allen Tugenden seines Charakters an dem Beruf und der Organisation hing. In den Nachwehen des 1891 erkrankten besetzte ihn das Vertrauen der Mitglieder auf den Posten des Bezirksvorsitzenden, den er in Treue und Umsicht einige Jahre verwaltete. Bei der Gründung der Typographia 1908 war er erster Lebensvater. Das Andenken an das Älteste Verbandsmitglied unseres Bezirks werden stets in Ehren halten. Bezirks- und Ortsverein Danabück, Sängerverein „Typographia“ Danabück.